



Die Asylpolitik der nordischen Staaten als Beispiel für Deutschland

Brüssel, den 05.11.2023. Die Eindämmung illegaler Migration wird in Dänemark, Schweden, Finnland, Island und Norwegen weiter vorangetrieben. In Kopenhagen einigten sich die zuständigen Minister der fünf Staaten auf die Koordination und Organisation gemeinsamer Abschiebeflüge und Rückführungsprogramme, um Migranten ohne Aufenthaltsberechtigung in ihre Herkunftsstaaten zurückzubringen. Die Flüge sollen in Zusammenarbeit mit der EU-Grenzschutzbehörde Frontex organisiert werden.

Der dänische Migrationsminister erklärte gegenüber Journalisten, dass sich die zuständigen Regierungsbeauftragten der fünf Länder nun regelmäßig treffen würden, um bei Rückführungen und Rückführungsprogrammen für Migranten besser mit Drittstaaten zusammenarbeiten.

Die fünf nordischen Staaten hätten ein „gemeinsames Interesse“ daran, die „Abschiebung von Ausländern ohne Aufenthaltsberechtigung sicherzustellen“. Man wolle verhindern, dass Migranten unter dem Radar der Behörden durch die Staaten reisen.

Lars Patrick Berg, Mitglied des Europäischen Parlaments, kommentierte:

„Die sozialdemokratische Regierung gab schon 2019 das Ziel aus, die Zahl der Asylbewerber auf null zu senken. Nun folgen auch die anderen nordischen Staaten zunehmend dem dänischen Modell, um einer Überlastung Ihrer Städte und Kommunen entgegenzutreten.“

Deutschland hingegen verweigert sich nationalen Maßnahmen und tritt auf europäischer Ebene meist auf die Bremse. Allein im vergangenen Jahr flossen 33,3 Milliarden Euro aus der Bundesrepublik in Entwicklungsländer, obwohl viele der Länder, die von Deutschland Entwicklungshilfe bekommen, die Wiederaufnahme ihrer Staatsbürger verweigern, wenn diese in Deutschland kein Asyl bekommen haben. Noch im Mai hatte die Ampel-Koalition den Vorstoß zurückgewiesen, Entwicklungshilfe an die Rücknahme abgelehnter Asylbewerber zu knüpfen. All die vielen Staatsbesuche deutscher Politiker in den vergangenen Tagen erscheinen vor diesem Hintergrund als reine Symbolpolitik.

Schon seit Monaten zeichnet sich eine Überlastung deutscher Behörden ab. So hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zum Stichtag am 30. September 2023 noch immer nicht über die Asylverfahren von 203.958 Personen entschieden. Bei 60 Prozent der Verfahren geht es um Personen aus der Türkei, Syrien und Afghanistan.

Während andere Regierungen handeln, behauptet die deutsche Innenministerin, internationale Vorgaben würden Deutschland vorschreiben, wo Asylverfahren gestellt werden, nämlich in Deutschland. Sie berief sich dabei auf die Europäische Menschenrechtskonvention. Das Problem: Das stimmt nicht.

In unserem Land gibt es schon lange eine gesellschaftliche Mehrheit für eine Migrationspolitik, die sich am Beispiel der nordischen EU-Staaten ausrichtet. Es wird Zeit, dass auch die deutsche Bundesregierung den Mut zu nationalen Maßnahmen findet, Grenzen konsequent kontrolliert, die Liste sicherer Herkunftsstaaten erweitert, Entwicklungshilfe an Bedingungen knüpft, Verfahren beschleunigt und die rechtlichen Möglichkeiten für Asylverfahren außerhalb

Deutschlands schafft. Straftäter müssen konsequent abgeschoben, integrierte Zuwanderer mit Bleibeperspektive stärker gefördert und schnell in den Arbeitsmarkt geführt werden.“